



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

P/IX/37 - 13.2.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

Das Ergebnis einer Erpressung	S. 1
Schulkampf in Niedersachsen ?	S. 3
Zur Debatte um die Gleichberechtigung	S. 5

## Die Schraube überdreht

E. Z. - Berlin

Wer die Atmosphäre der Berliner Außenminister-Konferenz, alle ihre Kulissenszenarien und die mehr oder weniger weit entfernte Begleitmusik erfassen will, der darf sich nicht darauf beschränken, all' das zu notieren, was er rund um den Konferenztisch sieht und hört oder aus dem Echo der Weltpresse erfährt. Er darf nie vergessen, daß das Echo aus dem Gebiet jenseits des Eisernen Vorhanges, der in Berlin schon am Brandenburger Tor beginnt, nur durch den Filter eines raffinierten Propaganda-Apparates an das Ohr des Westens dringt.

Man weiß im Kreml und in Pankow nur allzu gut, daß sich die nackten Worte Molotows am Konferenztisch zu hart mit der Wirklichkeit stoßen würden, wenn nicht eine geschickte Regie für das Begleitorchester sorgen würde. Mit den "über zehn Millionen Unterschriften" hat es begonnen, die von Molotow für die Unterstützung seiner Forderung nach einer Beteiligung des Pankower Regimes an den Konferenz-Debatten ins Feld geführt worden. Seit dem 17. Juni ist aller Welt klar, daß ein solches Unischo nur das Ergebnis einer Erpressung sein kann. Der Unterschriften-Kampagne folgte jene sich überstürzende Welle von Resolutionen, die jedesmal dann von neuem heranbrandet, wenn der Abgesandte des Kremls dem Westen eine neue Forderung auf den Konferenztisch legte: Volksabstimmung über "Friedensvertrag oder EVG",

sfortiger Rückzug der Besatzungsmächte und dergleichen Suggestivparolen mehr.

Inzwischen hat es sich aber trotz der Fahrkartensperre nach Berlin herumgesprochen, daß es in zahlreichen Städten der Zone auf den Postämtern keine Briefmarken und an den Fahrkartenschaltern keine Fahrkarten zu kaufen gibt, ohne daß sich der Betreffende auf einer Liste als Unterstützer der Molotow'schen Forderungen einträgt. Kein Haus gibt es in der Sowjetzone, in dem nicht die Sammler dieser Unterschriften erscheinen, oft gegen ihren eigenen Willen zu dieser unappetitlichen Aufgabe genötigt. Da die SED die wahre Meinung des Volkes kennt, das in freien Wahlen den einzigen Weg zur deutschen Einheit sieht, wurde von Anfang an schärfster Terror gegen diejenigen eingesetzt, die ein Wort dagegen wagten. In den Provinzzeitungen der SED wurden die Namen der Einwohner veröffentlicht, die die Unterschrift oder die Zustimmung zu einer Resolution verweigerten. Sie wurden öffentlich zu "Staatsfeinden" gestempelt und in zahlreichen Fällen aus ihrem Betrieb entlassen. Schon daß jemand dem Aufklärer gegenüber äußerte, es käme wohl doch nichts in Berlin heraus, machte ihn reif, von einem Volkskorrespondenten der SED in der Zeitung als Helfershelfer der Staatsfeinde herausgestellt zu werden.

Diese öffentliche Namensnennung muß früher oder später verhängnisvolle Folgen haben. Im kleinsten Zonendorf sind SED-Kader auf der Jagd nach "Vertretern der gegnerischen Argumentation". Dieses Schlagwort wurde auf Anweisung von oben zum großen Schreckgespenst. Die mehrmals in der Woche inszenierten Belegschaftsversammlungen müssen von linientreuen Stenotypistinnen mit jedem Diskussionsbeitrag auch protokolliert werden. Die Berichte gehen dann nicht nur an die Bezirksleitung, sondern auch an das Zentralkomitee der SED.

Die politischen Rezepte, die zwangsverordnet werden, sind von entwaffnender Naivität: Molotow ist der große Vorsprecher, jede andere Meinung wird als Faschismus abgestempelt; alle westdeutschen Parteien sind faschistisch; die Führung der SED ist eine Gruppe von Handlangern dieses Faschismus und des amerikanischen Imperialismus dazu und die Parteianhängerschaft ist das bemitleidenswerte Opfer ihrer Verführer.

Schwerpunkte dieser terroristischen Agitation sind vor allem auch Schulen. Im Bezirk Gera werden die Lehrer sogar angewiesen, auf "gegnerische Argumente" aus dem Munde der Schulkinder zu achten. Sofortige Meldung ist Pflicht, damit die Eltern bloßgestellt und festgenagelt werden können. Im Kreise Beckow müssen die Lehrer an der Wandzeitung der Schule ihre schriftliche Einstellung zu Molotow-Erklärungen anschlagen und täglich vor Beginn des Unterrichtes werden in kurzen Besprechungen die Themen und die Argumente des Tages unter der Verantwortung des Schulleiters festgelegt.

Alles dies aber erwächst im letzten Grunde aus der Angst vor dem eigenen Schicksal der politischen Führungsschicht in der Sowjetzone, wenn ein freier Volkswille sich äußern dürfte. In der Bevölkerung der Zone aber weiß man heute überall, daß die Schraube dieser krampfhaften, sich überschlagenden Propaganda längst überdreht ist.

Niedersachsen beseitigt die Zwergschulen

dt - Hannover

Noch ehe die Bischöfe von Osnabrück, Hildesheim, Münster und der Erzbischof von Paderborn dem niedersächsischen Ministerpräsidenten in Form eines schriftlichen Protestes gegen das geplante Schulgesetz den Kampf ansagten, eröffnete die katholische Kirche die Feindseligkeiten. Official Grafenhorst aus Vechta versammelte in Bethen bei Cloppenburg, was er an Funktionären des politischen Katholizismus in ganz Oldenburg aufreiben konnte und reichte die Brandfackel des Kulturkampfes weiter. Bis ins letzte Haus, ermahnte er seine Zuhörer, müsse jetzt die Aufklärung über diese "schmählichste Diktatur" getragen werden.

Das Schulgesetz will vor allem, ohne den Religionsunterricht anzutasten, aus pädagogischen Gründen den Zwergschulen zu Leibe rücken, indem es bestimmt, daß zunächst in einem Ort eine vollausgebaute Gemeinschaftsschule zu errichten ist. Bleiben dann noch genügend Schüler, bleibt auch den Eltern das Recht, ihre Kinder in den Genuß einer weniger leistungsfähigen Zwergschule kommen zu lassen. Ob diese Kinder dann mit dem "katholischen 1 x 1" oder der "katholischen Grammatik" lebens-tüchtiger werden, mögen die Eltern verantworten. Gibt es aber in einem Ort nur katholische (oder evangelische) Schüler, dann bleibt die Schule, was sie bisher war: eine Konfessionsschule, denn das Gesetz schreibt vor, daß Schüler und Lehrer eines Bekenntnisses sein müssen. An konfessionell gemischten Schulen müssen, entsprechend dem Zahlenverhältnis der Schüler, auch Lehrer unterschiedlichen Bekenntnisses angestellt werden. Ein Mehr an Toleranz würde auf Kosten des pädagogischen Zieles gehen.

Der Direktor des Caritasverbandes von Vechta, Abg. Watermann, hat vor etwa vier Monaten den Schulstreit willkürlich vom Zaun gebrochen. Er mag nun über die Gesetze von Ursache und Wirkung nachdenken. Der Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen FDP, Göttingens Oberbürgermeister Föge, sonst ein nüchterner, in seiner Ruhe nicht zu erschütternder Mann, bebte vor Zorn, als er auf Watermanns "Verdienst" und auf die tieferen Ursachen dieses künstlich geschürten Kulturkampfes hinwies: "Wenn wir uns unserer Haut nicht wehren, werden die klerikalen Kreise allein die Führung in die Hand nehmen. Wir mußten einem Angriff Faroli bieten, der nicht einmal von Deutschland ausgeht".

Die katholische Kirche umfaßt in Niedersachsen 18 Prozent der Bevölkerung. Die Lautstärke ihrer Funktionäre steht dazu in einem krassem Mißverhältnis. Diese - gelinde gesagt - Betriebsamkeit zwingt die

sonst zurückhaltende Evangelisch-lutherische Landeskirche, die, geführt von dem als maßvoll bekannten Landesbischof Hilje, 80 Prozent aller Niedersachsen zu ihren Anhängern zählt, aus ihrer Reserve herauszutreten. Diesem Zweck diente eine Entschließung der Landessynode, in der es ausdrücklich hieß, daß die Landeskirche "Zwergschulen" ablehne. Auch die übrigen angemeldeten Forderungen sind in der Gesetzesvorlage weitgehend berücksichtigt worden. Es ist daher kaum zu erwarten, daß von dieser Seite dem Gesetz Schwierigkeiten bereitet werden. Bei einem Zahlenverhältnis von 80 : 18 aber von Intoleranz zu sprechen, steht einer Institution schlecht zu Gesicht, die das Wort Toleranz dort nicht kennt, wo sie die Mehrheit - und damit die Macht - besitzt.

Umso verwunderlicher war es, daß der evangelische Pastor Schönfelder, Vorsitzender der DF-Fraktion, in der Debatte zum Schulgesetz mit abgegriffenen Vokabeln aufwartete. Er mußte sich von der sozialdemokratischen Abgeordneten Meyer-Sevonich ein derart ausgewogenes Kolleg über authentische Auffassungen höchster katholischer Stellen zum Elternrecht gefallen lassen, daß selbst die nachher auftretenden Redner der CDU sich nicht mehr aufs kirchenpolitische Glattis wagten, sondern sich mit juristischen Spiegelfechtereien begnügten. Die niedersächsische CDU hat es nicht leicht; der Überwiegende Teil ihrer Anhänger ist protestantisch und diese Kirche hat an dem Gesetzentwurf wenig auszusetzen. Es ist nicht schwer, sich auszurechnen, daß es innerhalb der CDU-Fraktion zu einer Palastrevolution käme, dürfte sie unbeeinflusst von Kräften außerhalb des Landes entscheiden.

Auch gegen CDU und DF ist dem Entwurf die parlamentarische Mehrheit gesichert. Oldenburg ist von der Neuordnung ausgeschlossen, weil dort zu einer Beseitigung der Konfessionsschulen verfassungsändernde Mehrheit nötig wäre. In den übrigen Landesteilen soll die vorgesehene Gemeinschaftsschule sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt werden. In den meisten Fällen wird sich überhaupt nichts ändern. Dennoch ist mit einem baldigen Inkrafttreten des Gesetzes auch bei normalen parlamentarischen Ablauf nicht zu rechnen. Die katholischen Bischöfe haben bereits vorsorglich eine Verfassungsbeschwerde angedeutet. Kommt es dazu, dann wird das Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich auch die Frage klären müssen, ob das Reichskonkordat noch zurecht besteht.

Der Tag der Frauen

F.R. "In ziemlicher Schärfe standen wiederholt die von liberaler und sozialdemokratischer Seite vorgetragenen Meinungen den christlichen Anschauungen gegenüber". - So schreibt die "Kölnische Rundschau" in ihrer Berichterstattung über die sechstündige Debatte in Bundestage zur Familienrechtsreform.

Ganz abgesehen davon, daß hier wieder der unzulässige Versuch unternommen wird, jede andere Auffassung vom staatlichen Eherecht als unchristlich zu diffamieren, gerade das war nicht das Ergebnis dieser Debatte, es sei denn, man würde auch der Oberkirchenrätin Dr. Schwarzhaupt (CDU) unchristliche Motive unterstellen, weil sie für die Gleichberechtigung der Frau - und Protestantin ist.

Diese erste Lesung, das scheint das Wesentliche zu sein, hat eine erfreuliche Auflockerung der Fronten und eine Bereitschaft zum echten Gespräch zum Ergebnis gehabt, wenn man von den unqualifizierten Anlassungen des Familienministers Dr. Wüermeling absieht, der in dieser Debatte seinen Ruf als "Sonntagsredner" nur gefestigt hat. Wer nach den jahrelangen klärenden Debatten die Gleichberechtigung der Frau immer noch mit öder Gleichmacherei identifiziert und am Ende dieser Entwicklung die Kohlen- und Uranschächte für die Frauen prophezeit, der darf sich nicht wundern, wenn er als böswilliger Fanatiker gekennzeichnet oder nicht ernst genommen wird.

Ernstgenommen haben diesen sonderbaren "Schutzengel der Familie" vor allem nicht die Frauen, die in dieser Debatte erneut bewiesen haben, daß sie über Parteigrenzen hinweg den Gedanken der Gleichberechtigung mit Leidenschaft und Klugheit vertreten. Selbst Helene Weber von der CDU schätzte die Stimmung der Frauen für die Gleichberechtigung so richtig ein, daß sie es nicht für opportun hielt, den Paragraphen 1354 des Regierungsentwurfes, der der Stichentscheid des Mannes vorsieht und damit die Gleichberechtigung wieder inhibiert, voll zu unterstützen. Aber wie man es auch dreht und wendet, ob man vom Verantwortungsrecht des Mannes anstatt vom Entscheidungsrecht spricht Gleichberechtigung wird erst dann hergestellt sein, wenn dieser Paragraph fällt. Die Chancen dafür haben sich seit der ersten Lesung im Bundestage beträchtlich erhöht, denn neben der SPD und der FDP, die mit Ausnahme von Bundesjustizminister Dr. Neumayer, der von artswegen einen anderen Standpunkt vertrat, geschlossen für die Gleichberechtigung eintraten, zeigte es sich, daß auch in der CDU und dem BHE eine

Reihe von Abgeordneten in der Familienrechtsreform das verankert zu sehen wünschen, was der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes zwingend vorschreibt.

Leider besteht nicht die Hoffnung, daß schon in kurzer Zeit eine endgültige Entscheidung getroffen wird, denn die Ablehnung des sozialdemokratischen Vorschlages; einen Sonderausschuß zur Behandlung der vorliegenden Gesetzentwürfe einzusetzen, und die beschlossene Verweisung an den Rechtsausschuß birgt die Gefahr, daß das Gesetz vorerst wieder einmal auf Eis gelegt wird. Nicht, weil dem Rechtsausschuß des Bundestages es an gutem Willen mangelte, sondern weil er wegen seiner Überlastung einfach nicht in der Lage ist, dieses Gesetz vordringlich zu behandeln.

Eines Tages aber wird die große Auseinandersetzung abgeschlossen werden müssen. Es wird nicht so sehr eine Auseinandersetzung zwischen den Parteien sein, sondern zwischen den Kräften, die den Fortschritt befeuern und den Frauen das geben wollen, was sie sich schon längstens verdient und verdient haben, und den Kräften, die Doktrinen einer Konfession über den Staat stellen wollen. Es steht zu hoffen, daß die Kräfte des Fortschrittes obsiegen werden, auch darum, um einer Entwertung der kirchlichen und religiösen Ordnung vorzubeugen, die zwangsläufig kommen würde, wenn sie durch den Zwang eines staatlichen Gesetzes erfolgen sollte. Es war ein hoffnungsvoller Auftakt, es möge ein gutes Ende nehmen!

+ + +

#### "Panzer am Potsdamer Platz"

Die Ereignisse des 17. Juni 1953, als eine "Arbeiterregierung" auf die um ihre Freiheit demonstrierenden Arbeiter aus den Panzern einer Besatzungsmacht schießen ließ, hält eine Neuerscheinung des "arari"-Verlages-Berlin in aufregenden Berichten und Bilddokumenten fest. Koch einmal ziehen die epochemachenden Vorgänge um diesen Volksaufstand, der alle Revolutionstheorien über den Haufen warf, der die Spontanität der Volkswut mit dem organisierten Terror konfrontierte, der aber auch neben dem Urteil über Besatzungsregime und besatzungshörige Politiker des Ostens die westliche Welt an ihre Mitverantwortung für das geteilte Deutschland erinnerte - noch einmal ziehen diese schrecklichen und doch im besten Sinne heroischen Tage des waffenlosen Widerstandes an uns vorbei. Vorbei? Sie dürfen nie vergessen werden, denn sie sind der Ehrenschild der Deutschen und besonders der deutschen Arbeiter. Wenn nur die Erinnerung daran durch dieses Buch mit wachgehalten wird, so hat es einen guten Zweck erfüllt. Da es jetzt erschien, wo alle Verantwortlichen am Tisch der Viererkonferenz beisammen sitzen, sollte man es den Delegationen kostenlos als Spende des deutschen Volkes und zur Aufmunterung für die baldige Lösung der ihnen gestellten Aufgabe auf den Konferenzstisch legen.

R.E.